

Offener Brief

per E-Mail an die Mitgliedsgemeinden im Verbandsgebiet des Wasser und Abwasser-Verbandes Bad Salzungen

von:

Bürgerinitiative gegen überhöhte Kommunalabgaben
Bad Salzungen und Umgebung

Vorsitzender
Gundolf Troppa

An:

Stadt- bzw. Gemeindeverwaltung Ort
Anschrift
PLZ Ort
zur Weiterleitung an alle Mitglieder
des Stadt- bzw. Gemeinderates

05.04.2010

Wasser und Abwasser-Verband Bad Salzungen (WVS)

Sehr geehrte Damen und Herren des Stadt- bzw. Gemeinderates,

Ihre Stadt- bzw. Gemeinde hat die Geschicke der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung ihres Zuständigkeitsbereiches in die Hände des Zweckverbandes WVS gelegt. Wie Sie wissen, ist der Schritt vornehmlich mit dem Verzicht der örtlichen Mitsprache beim Auf- und Ausbau der entsprechenden Infrastruktur gekennzeichnet. Nicht minderschwer ist die Tatsache zu gewichten, dass dem Verband gleichzeitig zugestanden wird, seine finanzwirksamen Vorstellungen Ihren Bürgern und der Kommune gegenüber fiskalisch behaupten zu dürfen. Am augenscheinlichsten erkennbar ist das an den Sonderzahlungen bei Investitionen durch Beiträge. Im Gegensatz zu den Straßenausbaubeiträgen die vom Freistaat Thüringen zur Pflicht gemacht werden, sind die Abwasserbeiträge eine reine Verbandsangelegenheit und somit auch von Ihnen persönlich beeinflussbar. Vor dem Hintergrund verwundert es kaum, dass nur 50 % der Thüringer Bürger mit diesen Abgaben malträtiert werden. Die andere Hälfte genießt das Privileg, von Verbänden betreut zu werden, die auch ohne Beiträge zukunftssicher wirtschaften können. Der WVS bevorzugt leider die Beitreibung von Beiträgen. Im Verbund mit der Besessenheit auf Erlangung von Fördermitteln, werden bei ihm Investitionsphantasien im Abwasserbereich realisiert, die dem Verbandsgebiet nicht mehr zuträglich sind. Der Endausbau wird gegenwärtig mit 420 Millionen Euro, einem Vielfachen des Trinkwassernetzes, geplant. Die Neigung zur Schaffung zentraler Entsorgungseinrichtungen kann als ungebrochen angesehen werden. Aber gerade diese Anlagen sind es, die äußerst kostenintensiv und unflexibel für Veränderungen hinsichtlich einer künftig geringeren Abwasserlast sind. Die Monopolstellung des WVS begünstigt einen Ausbeutungsmisbrauch (§ 19 GWB). Es besteht die Gefahr der finanziellen Strangulation für die Verbandsmitglieder. Die BI vertritt die Auffassung, dass der Entwicklung sofort entgegen zu treten ist.

Als Mitglieder Ihres Stadt- bzw. Gemeinderates haben Sie viele Entscheidungen für Ihre Bürger zu treffen. Wenn sie jedoch den WVS betreffen, befinden Sie damit über alle 74.000 Mitglieder des Verbandes und im Allgemeinen über große Summen an Geld. Bei der Erfassung der Spezifik von deren Entscheidungsgrundlagen können m. E. die amtierenden Räte nur noch eingeschränkt handeln. Wohl kaum einem Rat werden sich in Gänze die Zusammenhänge des jüngst zu beschließenden Abwasserbeseitigungskonzeptes 2010 bis 2015 offenbart haben. Der eingelaufene Automatismus in der Verbandsversammlung hat dennoch auch dieses Konzept rechtswirksam werden lassen.

Die BI ist eine überparteiliche Initiative, die für alle Bürger, Organisationen und Einrichtungen offen steht. Das Hauptanliegen liegt in der Abwehr von überhöhten Kommunalabgaben. Generell sehen wir einen solchen Fall bei der Erhebung von Beiträgen sowie bei Gebühren ohne Leistungsbezug als gegeben an. Als Stadt- bzw. Gemeinderat werden Sie an dieser Einstellung im Interesse Ihrer Bürger, wohl kaum desinteressiert entgegen stehen. Daher lade ich Sie zu unserer nächsten Zusammenkunft am

13.04.2004, 19.00 Uhr in Leimbach, Weißes Ross ein.

Egal ob Sie als Stadt- bzw. Gemeinderat oder Bürger agieren, oder einfach nur still teilnehmen wollen, Sie sind uns willkommen.

Zur Untermauerung unserer Zielstellung hinsichtlich des WVS füge ich Ihnen den von der BI an den Verband gerichteten Forderungskatalog bei.

Mit freundlichen Grüßen

Gundolf Troppa